

---

# ***Bericht***

Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße  
Heppenheim

Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012  
und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2012

Auftrag: 0.0671517.001



## D. Feststellungen zur Rechnungslegung

### I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

#### 1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

26. Die **Buchführung** und das **Belegwesen** sind nach unseren Feststellungen ordnungsgemäß und entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen zu entnehmenden Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.
27. Bei unserer Prüfung haben wir keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die von dem Eigenbetrieb getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die **Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme** zu gewährleisten.
28. Das rechnungslegungsbezogene **interne Kontrollsystem** ist nach unseren Feststellungen grundsätzlich dazu geeignet, die vollständige und richtige Erfassung, Verarbeitung, Dokumentation und Sicherung des Buchungsstoffs zu gewährleisten.

#### 2. Jahresabschluss

29. Im Jahresabschluss bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 des Eigenbetriebes wurden die gesetzlichen Vorschriften einschließlich der rechtsformspezifischen Vorschriften für Eigenbetriebe, die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beachtet. Ergänzende Bestimmungen der Satzung waren nicht zu beachten.
30. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Dabei wurden die handelsrechtlichen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften eingehalten.
31. Der Anhang entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Angaben im Anhang sind vollständig und zutreffend.
32. Bei der Berichterstattung im Anhang wurde von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht und Angaben zu den Bezügen der Betriebsleitung unterlassen, weil ansonsten die Bezüge einzelner Mitglieder der Betriebsleitung erkennbar gewesen wären. Die Inanspruchnahme der Schutzklausel ist nach dem Ergebnis unserer Prüfung nicht zu beanstanden.

### **3. Lagebericht**

33. Der Lagebericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften (§ 289 HGB) und den ergänzenden Bestimmungen des EigBGes Hess (§ 26). Er steht mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang. Der Lagebericht vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Betriebes. Nach unserer Auffassung sind im Lagebericht die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt.

## **II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

34. Der Jahresabschluss entspricht den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes.
35. Zum besseren Verständnis der Gesamtaussage des Jahresabschlusses gehen wir nachfolgend pflichtgemäß auf die wesentlichen Bewertungsgrundlagen und den Einfluss, den Änderungen in den Bewertungsgrundlagen insgesamt auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses haben, ein (§ 321 Abs. 2 Satz 4 HGB).

### **Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen**

36. In den Jahren 2009 bis 2011 wurde davon ausgegangen, dass sämtliche Kosten des Eigenbetriebs durch Erstattungen der Zuwendungsgeber gedeckt sind, an diese weiterberechnet werden können und der Eigenbetrieb somit stets einen Jahresüberschuss von Null ausweist. Da seit dem Jahr 2009 Sach- und Personalkosten durch Pauschalen abgegolten werden, wurde die Bilanzierung diesbezüglich geändert, die Verbindlichkeiten und Forderungen gegen die Zuwendungsgeber in laufender Rechnung korrigiert und der hieraus resultierende Effekt erfolgswirksam als außerordentliche Aufwendungen ausgewiesen. Wir verweisen hierzu auch auf unsere Ausführungen in Text 11.
37. Der Eigenbetrieb weist unter den sonstigen Vermögensgegenständen Rückforderungsansprüche sowie Vorauszahlungen und Darlehen gegen Zuwendungsempfänger aus. Die Einbringlichkeit dieser Forderungen ist teilweise zweifelhaft, so dass in Abhängigkeit vom Alter der Forderungen und der finanziellen Situation der Zuwendungsempfänger Wertberichtigungen gebildet wurden. Zum 31. Dezember 2012 wurden Wertberichtigungen in Höhe von T€ 3.314 (Vorjahr T€ 3.744) gebildet.

Den Rückforderungsansprüchen, Vorauszahlungen und Darlehen stehen gleich hohe Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund gegenüber, die erst mit dem Eingang der Zahlungen beim Eigenbetrieb zu zahlen sind.

38. Zu den übrigen, im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen verweisen wir auf die Angaben im Anhang (Anlage II).

### III. Weitere Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

#### Vermögens- und Kapitalstruktur

39. Nachfolgend haben wir zum Einblick in die Vermögens- und Kapitalstruktur die Zahlen der Bilanz zum 31. Dezember 2012 (siehe Anlage II) aufbereitet und dem Vorjahr gegenübergestellt:

	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>						
Langfristig gebundenes Vermögen						
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	186	2,0	257	2,7	-71	-27,6
Kurzfristig gebundenes Vermögen						
Forderungen gegen den Kreis	0	0,0	999	10,6	-999	-100,0
Sonstige Vermögensgegenstände	4.523	48,8	3.723	39,5	800	21,5
Rechnungsabgrenzungsposten	4.384	47,3	4.399	46,7	-15	-0,3
Flüssige Mittel	176	1,9	38	0,4	138	>100,0
	9.083	98,0	9.159	97,3	-76	-0,8
	<b>9.269</b>	<b>100,0</b>	<b>9.416</b>	<b>100,0</b>	<b>-147</b>	<b>-1,6</b>
<b>Passiva</b>						
Langfristig verfügbare Mittel						
Eigenkapital	-956	-10,3	50	0,5	-1.006	>100,0
Kurzfristige Fremdmittel						
Sonstige Rückstellungen	473	5,1	584	6,2	-111	-19,0
Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund	3.441	37,1	3.427	36,4	14	0,4
Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreis	1.629	17,6	0	0,0	1.629	>100,0
Übrige Verbindlichkeiten	357	3,9	1.021	10,8	-664	-65,0
Rechnungsabgrenzungsposten	4.325	46,7	4.334	46,1	-9	-0,2
	10.225	110,3	9.366	99,5	859	9,2
	<b>9.269</b>	<b>100,0</b>	<b>9.416</b>	<b>100,0</b>	<b>-147</b>	<b>-1,6</b>

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 147 leicht verringert.

40. Die im Vorjahr ausgewiesenen Forderungen gegen den Kreis Bergstraße sind, vor allem durch die Korrektur der Jahresabschlüsse der Wirtschaftsjahre 2009 bis 2011 (siehe Text 11), zum 31. Dezember 2012 in eine Verbindlichkeit umgeschlagen. Demgegenüber haben sich die sonstigen Vermögensgegenstände, in denen vor allem Rückforderungen an Maßnahmeteilnehmer aus Darlehen und Verauslagungen ausgewiesen werden, um T€ 800 erhöht. Die Rechnungsabgrenzungsposten, die überwiegend Vorschüsse an die Bedarfsgemeinschaften für Januar 2013 enthalten, haben sich nur geringfügig verändert.
41. Auf der Passivseite ist das Eigenkapitals wegen des Jahresfehlbetrages 2012 deutlich zurückgegangen und nunmehr negativ. Bei den sonstigen Rückstellungen ist, vor allem durch Auflösungen

nicht mehr benötigter Rückstellungen, ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund enthalten vor allem Verbindlichkeiten aus Rückforderungen, die erst nach Eingang der Hauptforderung fällig werden. Außerdem sind hier nicht verbrauchte Mittelabrufe enthalten, die vorgetragen oder zurückgezahlt werden.

42. Zu einzelnen Posten der Bilanz geben wir die folgenden Erläuterungen:

43. Die **sonstigen Vermögensgegenstände** setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Darlehen	1.648	1.626
Überzahlungen	5.557	5.308
	7.205	6.934
Wertberichtigungen	-3.314	-3.744
	3.891	3.190
Forderungen Unterhalt	395	331
Übrige	237	202
	<b>4.523</b>	<b>3.723</b>

44. Die **Rückstellungen** entwickelten sich wie folgt:

	Stand 01.01.2012	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2012
	T€	T€	T€	T€	T€
Überstundenverpflichtungen	264	9	0	0	255
Nachzahlungsrisiken gegenüber dem Bund aus Maßnahmen	263	0	238	117	142
Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	29	0	0	0	29
Urlaubsverpflichtungen	6	0	0	17	24
Jahresabschlusserstellung und -prüfung	12	12	0	13	13
Prozessrisiken	10	0	0	0	10
	<b>584</b>	<b>21</b>	<b>238</b>	<b>147</b>	<b>473</b>

45. Die **sonstigen Verbindlichkeiten** betreffen:

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	51	56
Verbindlichkeiten gegenüber Maßnahmeträgern	193	798
Steuern	91	81
Sozialversicherungsbeiträge	0	79
Übrige	22	7
	<b>357</b>	<b>1.021</b>

**Ertragslage**

46. Der folgenden Aufstellung für den Eigenbetrieb liegen die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage II) zugrunde:

	2012		2011		Ergebnis- veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Betriebliche Erträge						
Transfererlöse	82.585	88,7	86.670	89,3	-4.085	-4,7
Übrige betriebliche Erträge	10.500	11,3	10.396	10,7	104	1,0
	93.085	100,0	97.066	100,0	-3.981	-4,1
Betriebliche Aufwendungen						
Transferaufwendungen	-82.585	-88,7	-86.670	-89,3	-4.085	4,7
Personalaufwand	-7.773	-8,4	-7.789	-8,0	-16	0,2
Abschreibungen	-106	-0,1	-105	-0,1	1	-1,0
Übrige betriebliche Aufwendungen	-2.893	-3,1	-2.851	-2,9	42	-1,5
	-93.357	-100,3	-97.415	-100,4	-4.058	4,2
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-272</b>	<b>-0,3</b>	<b>-349</b>	<b>-0,4</b>	<b>77</b>	<b>-22,1</b>
Zinsergebnis	3	0,0	5	0,0	-2	40,0
Neutrales Ergebnis	-736	-0,7	344	0,3	-1.080	-314,0
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>-1.005</b>	<b>-1,1</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>-1.005</b>	<b>&gt;100,0</b>

Der Eigenbetrieb weist im Jahr 2012 erstmals einen Jahresfehlbetrag aus, da nicht sämtliche Aufwendungen (Sach- und Personalkosten) durch Zahlungen des Bundes und des Kreises Bergstraße gedeckt sind. Wir verweisen hierzu auf unsere Erläuterungen in Text 11.

Der Eigenbetrieb hatte im Jahr 2012 um T€ 4.085 niedrigere Transfererlöse zu verzeichnen als im Vorjahr. Diese decken die Transferaufwendungen weiterhin in voller Höhe.

Die Personal- und Sachkosten sind gegenüber dem Vorjahr geringfügig angestiegen, einem leichten Rückgang der Personalkosten stehen höhere sonstige betriebliche Aufwendungen gegenüber.

47. Die **Transfererlöse** setzen sich wie folgt zusammen:

	2012	2011
	T€	T€
Regelleistungen Bund	43.455	45.003
Kosten der Unterkunft	30.018	31.205
Eingliederungsmaßnahmen Bund	8.117	9.527
Sonstige Leistungen Kreis	582	565
Leistungsbeteiligung Land	413	370
	<b>82.585</b>	<b>86.670</b>

48. Die Zusammensetzung der **übrigen betrieblichen Erträge** ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

	2012	2011
	T€	T€
Verwaltungskostenanteil Bund	8.816	8.726
Verwaltungskostenanteil Kreis Bergstraße	1.242	1.561
Übrige	442	109
	<b>10.500</b>	<b>10.396</b>

49. Die **übrigen betrieblichen Aufwendungen** beinhalten im Einzelnen:

	2012	2011
	T€	T€
Abgeordnete Mitarbeiter, Leiharbeiter und sonstige Personalkosten	836	792
Raumkosten	800	787
Verwaltungsbedarf	341	382
Miete, Leasing Einrichtungsgegenstände	278	275
Instandhaltung	208	235
Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten	193	128
Fort- und Weiterbildung	95	116
Versicherungen, Steuern	43	43
Übrige Aufwendungen	99	93
	<b>2.893</b>	<b>2.851</b>

50. Das neutrale Ergebnis enthält mit T€ 736 die Korrekturen der Verbindlichkeiten und Forderungen gegen den Bund und den Kreis Bergstraße (siehe Text 11). Im Vorjahr waren hier Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen enthalten.

## **E. Feststellungen gemäß § 53 HGrG**

51. Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG sowie IDW PS 720 (Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in Anlage IV (Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

## F. Schlussbemerkung

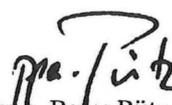
Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Neue Wege Kreis Bergstraße, Heppenheim, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 und des Lageberichts für dieses Geschäftsjahr erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B unter "Wiedergabe des Bestätigungsvermerks" enthalten.

Mannheim, den 15. November 2013

PricewaterhouseCoopers  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

  
Matthias Barnert  
Wirtschaftsprüfer

  
ppa. Peter Pütz  
Wirtschaftsprüfer



<b>Anlagenverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
I Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2012 .....	1
II Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 .....	1
1. Bilanz zum 31. Dezember 2012 .....	2
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 .....	5
3. Anhang 2012.....	7
III Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (nach IDW PS 720).....	1
IV Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse.....	1

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002

**Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße****Heppenheim****Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2012****A. Darstellung des Geschäftsverlaufs****1. Aufgaben**

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Wahrnehmung und Durchführung der Aufgaben des Kreises Bergstraße nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). Der Kreis Bergstraße war laut der Verordnung zur Zulassung von kommunalen Trägern als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende vom 24.09.2004 (BGBl I, S. 2349) eine von 69 optierenden Kommunen in Deutschland, welche sich bis zum 31.12.2010 befristet vor Ort und zeitnah um die Eingliederung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen kümmert. Seit dem 01.01.2011 nimmt der Kreis Bergstraße diese Aufgabe unbefristet wahr. Voraussetzung dafür war eine Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) zur Entfristung der Zulassung sowie die Anerkennung der Verpflichtungen nach § 6 Abs. 2 S.1 Nr. 4 SGB II (Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem Land Hessen) und § 6 Abs. 2 S.1 Nr. 5 SGB II (Erhebung und Übermittlung von Daten) durch den Kreis Bergstraße gegenüber dem Land Hessen. Mit Wirkung ab dem 01.01.2012 haben weitere 41 Kommunen die Zulassung als kommunaler Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende erhalten.

Zu den Aufgaben gehören laut Satzung des Eigenbetriebes Neue Wege Kreis Bergstraße – Kommunales Jobcenter - gemäß § 1 Abs. 2:

- Entscheidungen über Anträge des gesetzlich geregelten Personenkreises
- Beratung, Qualifizierung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen, Arbeitslosen ohne Berufsausbildung und sonstiger schwer vermittelbarer Arbeitsloser
- Qualifizierende Beschäftigung für den o. g. Personenkreis
- Wirkungsforschung

Im Jahr 2012 wurden 2856 Neuanträge gestellt, von denen 579 abgelehnt werden mussten.

Nach dem Grundsatz „fördern und fordern“ konnten im Rahmen der Beratung, Qualifizierung und Vermittlung 1.474 Personen durch Neue Wege wieder in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, 618 Personen in einen 400,- € Job. Weitere 3.233 Personen erhielten Förderinstrumente zur weiteren Qualifikation und Verbesserung der Vermittlungschancen. Zusätzlich nahmen 1.631 Personen an unserem internen und externen Sofortangebot Einstiegsoffensive teil.

## 2. Finanzierung

Der Kreis ist hinsichtlich der Finanzierung der Aufwendungen nach § 46 SGB II der Bundesagentur für Arbeit gleichgestellt. Nach § 6b Abs. 2 Satz 1 SGB II trägt der Bund die Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende einschließlich der Verwaltungskosten mit Ausnahme der Aufwendungen für Aufgaben nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2. Die vom Bund zu tragenden Aufwendungen sind insbesondere:

- Sachkosten für Personal einschließlich der Kosten für die Ausstattung von Arbeitsplätzen
- Kosten für TK- und IT-Infrastruktur
- Kosten für bauliche Maßnahmen, Mieten, Schulungs- und Beratungskosten sowie Informationsmaßnahmen
- Grundsicherung für Arbeitssuchende
- Leistungen zur Eingliederung in Arbeit

Der Kreis trägt gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II die Kosten, die im Zusammenhang mit der ganzheitlichen Betreuung und Unterstützung bei der Eingliederung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger in das Erwerbsleben erforderlich sind. Das sind im Einzelnen:

- Kosten für die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen
- Schuldnerberatung
- Psychosoziale Betreuung
- Suchtberatung
- Leistungen für Mehrbedarf, u. a. für werdende Mütter, Alleinerziehende und Behinderte
- Kosten für Unterkunft und Heizung
- Leistungen für die Erstausrüstung für Wohnungen einschließlich Haushaltsgeräten
- Leistungen für Erstattungen für Bekleidung
- Leistungen für Bildung und Teilhabe

## 3. Entwicklung

Zu Beginn des Jahres 2012 wurden 6.893 Bedarfsgemeinschaften, was 13.288 Personen entspricht, vom Kommunalen Jobcenter betreut.

Zum Ende des Jahres 2012 betrug die Zahl der Bedarfsgemeinschaften 6.763 (12.940 Personen). Im Juni 2013 beträgt die Zahl der Bedarfsgemeinschaften 6.756 (12.951 Personen). Bis zum Ende des Wirtschaftsjahres 2013 wird mit in etwa gleichbleibender Anzahl an Bedarfsgemeinschaften gerechnet.

Seit April 2011 ist das Kommunale Jobcenter zusätzlich mit der Umsetzung des Bildungspaketes der Bundesregierung betraut. Neue Wege übernimmt rechtskreisübergreifend für den Kreis Bergstraße die Organisation und Auszahlung der vielfältigen Leistungen des Bildungspaketes für bedürftige Kinder aus Geringverdienerfamilien. In 2012 wurden rund € 1.200.000,- für Leistungen des Bildungspaketes (z. B. Klassenfahrten, Lernförderung, Mittagsverpflegung) ausgezahlt.

#### 4. Investitionen

Im Wirtschaftsjahr 2012 wurden keine größeren Investitionen vorgenommen. Es wurden Mittel zur Büroausstattung und für geringwertige Wirtschaftsgüter verwendet. Das Investitionsvolumen betrug T€ 15.

#### 5. Personal- und Sozialbereich

Im Wirtschaftsjahr 2012 wurden die Aufgaben mit 157,50 Vollzeitäquivalenten bewältigt. Für einen Vollzeitbeschäftigten hat das Vollzeitäquivalent (VZÄ) einen Wert von eins. Die 157,50 VZÄ teilen sich wie folgt auf:

	2012	2011
Betriebsleitung	2,00 VZÄ	2,00 VZÄ
Regionalteamleitung	4,00 VZÄ	4,00 VZÄ
Teamleitung	9,00 VZÄ	9,00 VZÄ
Förderinstrumente, Recht und allgemeine Verwaltung	25,36 VZÄ	22,86 VZÄ
Fallmanagement (inkl. 50Plus und Bürokräfte)	92,58 VZÄ	103,67 VZÄ
BuT	4,38 VZÄ	5,38 VZÄ
Servicepoint	8,50 VZÄ	7,77 VZÄ
Arbeitgeber-Service	6,91 VZÄ	5,77 VZÄ
Außendienst	3,77 VZÄ	3,77 VZÄ

Die Mitarbeiter sind teils beim Kommunalen Jobcenter angestellt, teils vom Kreis Bergstraße oder anderen Landkreisen und Städten abgeordnet.

Die Personalkosten für die 157,50 VZÄ setzen sich wie folgt zusammen:

	€	€
Gehälter und Besoldungen	6.040.945,35	6.104.744,63
soziale Abgaben	1.214.966,41	1.188.113,39
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	517.163,41	496.042,24
weiterberechnete Personalkosten	<u>744.703,69</u>	<u>662.954,66</u>
	8.517.778,86	8.451.854,92

**B. Darstellung der Lage****1. Vermögenslage**

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2012 T€ 9.269 und hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 147 verringert. Zum Bilanzstichtag sind auf der Aktivseite im Gegensatz zum Vorjahr keine Forderungen gegen den Kreis enthalten, da zum 31.12.12 aufgrund der Korrekturen von Vorjahresabschlüssen nunmehr eine Verbindlichkeit (T€ 1.629) auszuweisen war.

Die Aktiva enthalten im Wesentlichen Forderungen aus Rückerstattungen und Darlehen an Maßnahmeteilnehmer, denen in gleicher Höhe Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund gegenüberstehen. Diese haben sich gegenüber dem Vorjahr vor allem wegen des Anstiegs der Mietkautionen und Darlehen erhöht, Wertberichtigungen wurden in Höhe von T€ 3.315 vorgenommen. In den Rechnungsabgrenzungsposten sind Transferleistungen abgegrenzt, die das Jahr 2013 betreffen.

Zum 31. Dezember 2012 weist der Eigenbetrieb ein negatives Eigenkapital in Höhe von T€ - 955.506,90 aus. Die Zusammensetzung und Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

Stammkapital (in voller Höhe einbezahlt)	50.000,00 €
Verlust aus dem Geschäftsjahr 2012	- 269.430,63 €
Außerordentliches Ergebnis	<u>- 736.076,27 €</u>
	-955.506,90 €

Die im Wirtschaftsjahr 2012 gebildeten sonstigen Rückstellungen betreffen:

	Stand 01.01.2012	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2012
Nachzahlungsrisiken gegenüber dem Bund aus Maßnahmen	262.600,00	0,00	237.600,00	117.000,00	142.000,00
Urlaubsverpflichtungen	6.300,00			17.300,00	23.600,00
Überstundenverpflichtungen	265.000,00	10.000,00			255.000,00
Prozessrisiken	10.000,00				10.000,00
Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	29.082,53				29.082,53
Jahresabschlusserstellung und -prüfung	11.500,00	11.500,00		13.000,00	13.000,00
	<u>584.482,53</u>	<u>21.500,00</u>	<u>237.600,00</u>	<u>147.300,00</u>	<u>472.682,53</u>

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund liegen mit T€ 3.441 in etwa auf dem Niveau des Vorjahres, hier sind vor allem Verbindlichkeiten aus noch nicht gezahlten Rückforderungen aus Maßnahmeteilnehmern sowie übrige Erstattungen enthalten.

Ende Dezember wurden dem Eigenbetrieb T€ 4.325 vom Bund und Kreis als Vorschuss für die Transferleistungen des Monats Januar 2013 zur Verfügung gestellt. Diese wurden passiv abgegrenzt.

## **2. Finanzlage**

Der Eigenbetrieb erhält finanzielle Mittel zur Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben vom Bund und vom Landkreis. Die Mittel werden bedarfsgerecht abgerufen. Hierzu werden regelmäßig die monatlichen Zahlungsverpflichtungen geplant, auf deren Basis die Zahlungsmittel angefordert werden.

Zum Wirtschaftsjahresende verfügte der Eigenbetrieb über liquide Mittel in Höhe von T€ 176.

## **3. Ertragslage**

Der Eigenbetrieb hat in den vergangenen Geschäftsjahren unterstellt, dass sämtliche Sachkosten vom Bund und anteilig vom Kreis Bergstraße getragen werden und somit ein Jahresergebnis in Höhe von € 0,00 auszuweisen war. Da zur Deckung der Sachkosten jedoch seit dem Wirtschaftsjahr 2009 eine Pauschale dient, verbleiben beim Eigenbetrieb diejenigen Sachkosten, die durch diese Pauschale nicht gedeckt werden. Entsprechend kann es zu Kostenüber- oder -unterdeckungen kommen, so dass beim Eigenbetrieb ein Jahresüberschuss bzw. ein Jahresfehlbetrag auszuweisen ist. Die in den Vorjahren vorgenommenen entsprechenden Verrechnungen mit dem Bund und dem Kreis Bergstraße, die zu entsprechenden Forderungen und Verbindlichkeiten geführt hatten, wurden daher in 2012 in laufender Rechnung erfolgswirksam korrigiert und der sich hieraus ergebende Effekt unter den außerordentlichen Aufwendungen erfasst.

Den Transfererträgen in Höhe von T€ 82.585 und sonstigen Erträgen in Höhe von T€ 10.500 standen insbesondere Transferaufwendungen in Höhe von T€ 82.585, Personalkosten in Höhe von T€ 7.773 und sonstige Aufwendungen in Höhe von T€ 2.892 gegenüber.

Die Transfererlöse und -aufwendungen sind gegenüber 2011 um T€ 4.085 zurückgegangen. Dies begründet sich im Rückgang der Bedarfsgemeinschaften und den dadurch bedingten Einsparungen bei den Regelleistungen. Darüber hinaus hat der Bund die Mittel für Eingliederungsleistungen gegenüber 2011 reduziert.

Die größten Posten der sonstigen betrieblichen Aufwendungen bildeten die weiterberechneten Personalkosten für Abgeordnete Mitarbeiter der Landkreise bzw. Kommunen mit T€ 745 und die Raumkosten mit T€ 656.

Das außerordentliche Ergebnis enthält Anpassungen der Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund und dem Kreis Bergstraße aus Vorjahren. Die in den Jahren 2009 bis 2011 vereinnahmten Erlöse aus der Erstattung von Sach- und Personalkosten wurden neu beurteilt und diese Anpassung unter den außerordentlichen Aufwendungen erfasst.

Da die Übernahme von Sachkosten durch den Bund und den Kreis Bergstraße durch Pauschalen abgedeckt ist und nicht sämtliche Sach- und Personalkosten weiterbelastet werden konnten, weist der Eigenbetrieb im Jahr 2012 einen Jahresfehlbetrag von T€ 1.005 aus, der sich aus dem laufenden Ergebnis des Jahres 2012 (- T€ 269) und dem außerordentlichen Ergebnis von - T€ 736 zusammensetzt.

Für die Jahre

### **C. Voraussichtliche Entwicklung des Kommunalen Jobcenters**

Im Jahr 2013 werden die Transferaufwendungen gegenüber 2012 leicht steigen. Die Kosten der Unterkunft werden aufgrund der Anpassung der Mietobergrenzen nicht das Niveau von 2012 halten können. Aufgrund der derzeitigen Nachfragesituation am Arbeitsmarkt und der Qualität der verfügbaren Bewerber ist von einer Seitwärtsbewegung bei der Zahl der Bedarfsgemeinschaften auszugehen.

Die Personalaufstockungen in 2011 im Bereich 50Plus und Bildung und Teilhabe sind abgeschlossen. Aufwendungen zur Finanzierung neuer Förderinstrumente können größtenteils über verschiedene Budgets finanziert werden. Die Verwaltungskosten werden sich daher auch trotz des neuen Tarifabschlusses nur geringfügig erhöhen.

Durch den starken Abbau der Bedarfsgemeinschaften muss nun noch intensiver mit Familien mit komplexen Problemlagen gearbeitet werden. Dies erfordert neue Instrumente und stetige Weiterentwicklung der Mitarbeiter. Das Kommunale Jobcenter hat daher parallel zur Einstiegsoffensive (EO) das neue Instrument eoPlus entwickelt. eoPlus kombiniert die Erfolgsfaktoren der Einstiegsoffensive mit einer umfassenden gesundheitlichen Förderung.

Für die Organisation und die Mitarbeiter wird ein Personalentwicklungskonzept erarbeitet. Elemente darin sind der Aufbau einer Weiterbildungsmatrix, die Implementierung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements, der Aufbau einer Expertenplattform und eines Infoportals sowie die Förderung des Jobcenter übergreifenden Austauschs.

Das Budget für die Eingliederungsmittel bzw. den Einsatz von Förderinstrumenten wurde bundesweit um ca. 20 % reduziert. Darüber hinaus wurden deutliche Einschränkungen bei der Umsetzung von Arbeitsgelegenheiten gesetzlich festgelegt. Die Anforderungen an Maßnahmenplanung und -budgetierung steigen dadurch. Eine Reduzierung des Teilnehmerplatzangebotes bei bestehender Angebotsstruktur ist daher nicht zu vermeiden.

Um dem Fachkräftebedarf des Arbeitsmarktes Rechnung zu tragen, muss die Nutzung von Bildungsgutscheinen zur individuellen Qualifizierung weiter ausgebaut werden. Dabei sollte die Zusammenarbeit mit den Unternehmen weiter intensiviert werden.

Insgesamt wird für die Jahre 2013 und 2014 mit Ergebnissen in ähnlicher Größenordnung wie im Wirtschaftsjahr 2012 gerechnet.

#### **D. Hinweis auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Die Zielvereinbarung zwischen dem Hessischen Sozialministerium und dem Kreis Bergstraße und der deutschlandweite Kennzahlenvergleich unter den Jobcentern wird sich deutlich auf die innerbetrieblichen Prozesse und die Kommunikation mit den verschiedenen Anspruchsgruppen auswirken.

Die getroffenen Zielvereinbarungen werden an die Regionalteams weitergegeben.

Der Vergleich der Teams im Rahmen des Zielnachhaltedialogs mit der Identifizierung vorbildlicher Methoden und Vorgehensweisen bietet Chancen für die Weiterentwicklung des Betriebes.

Der Eigenbetrieb Neue Wege ist erstmalig als Sondervermögen in die restriktiven Auflagen für den Kreishaushalt 2012 einbezogen. Die Auflagen sind u.a. folgende:

1. Die Personalaufwendungen sind auf das Niveau des Rechnungsergebnisses 2011 zurück zu führen
2. Auf die Schaffung und Besetzung neuer Stellen ist zu verzichten
3. Vor Neubesetzungen, Beförderungen und Höhergruppierungen ist eine Frist von 12 Monaten einzuhalten. Von der Stellenbesetzungssperre kann nur in begründeten Fällen und nur nach vorheriger RP-Zustimmung abgewichen werden
4. Befristete Arbeitsverhältnisse sind abzubauen

Die Jobcenter sind traditionell von hoher Fluktuation betroffen. Die durch die Auflagen bedingte teilweise mehrmonatige Nichtbesetzung vakanter Positionen im operativen Bereich, kann die Zielerreichung (gesetzlich, mit dem Land Hessen und innerbetrieblich) gefährden, zu Mehrbelastung der Mitarbeiter führen und den Personalentwicklungsprozess stark beeinträchtigen.

Die Finanzierung des Eigenbetriebes ist durch die Tätigkeit als Eigenbetrieb des Kreises Bergstraße sichergestellt. Insofern sind keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Heppenheim, 31. Oktober 2013

Dipl.- Betriebsw. (FH) Stefan Rechmann  
Erster Betriebsleiter

Harald Weiß  
Stellvertretender Betriebsleiter

**Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr  
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012**

Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße, Heppenheim

**Bilanz zum 31. Dezember 2012**

## A K T I V A

	31.12.2012		31.12.2011
	€	€	€
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		23.952,00	27.458,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	278,00		378,00
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>162.050,09</u>	162.328,09	229.510,65
		<u>186.280,09</u>	<u>257.346,65</u>
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen an den Kreis Bergstraße	0,00		999.323,18
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>4.522.428,15</u>	4.522.428,15	3.722.976,02
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		176.156,01	38.291,86
		<u>4.698.584,16</u>	<u>4.760.591,06</u>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<u>4.384.015,53</u>	<u>4.398.399,20</u>
<b>D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>		<u>955.506,90</u>	<u>0,00</u>
		<u>10.224.386,68</u>	<u>9.416.336,91</u>

		P A S S I V A	
		31.12.2012	31.12.2011
		€	€
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Stammkapital		50.000,00	50.000,00
II. Jahresfehlbetrag		-1.005.506,90	0,00
III. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		955.506,90	0,00
		<u>0,00</u>	<u>50.000,00</u>
<b>B. Rückstellungen</b>			
Sonstige Rückstellungen		<u>472.682,53</u>	<u>584.482,53</u>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 51.264,89 (€ 56.220,57)		51.264,89	56.220,57
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund		3.440.525,39	3.426.873,24
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreis		1.629.359,98	0,00
4. sonstige Verbindlichkeiten		305.186,77	964.851,15
		<u>5.426.337,03</u>	<u>4.447.944,96</u>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<u>4.325.367,12</u>	<u>4.333.909,42</u>
		<u>10.224.386,68</u>	<u>9.416.336,91</u>

Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße, Heppenheim

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit  
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012**

	2012		2011
	€	€	€
1. Transfererlöse		82.584.967,80	86.669.795,86
2. sonstige betriebliche Erträge		10.499.784,04	10.740.568,48
3. Transferaufwendungen		-82.584.967,80	-86.669.795,86
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-6.040.945,35		-6.104.744,63
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 517.163,41 (Vorjahr € 496.042,24)	<u>-1.732.129,82</u>	-7.773.075,17	-1.684.155,63
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände und Sachanlagen		-105.577,59	-105.444,42
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		-2.892.120,43	-2.850.340,70
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		3.157,52	5.296,90
<b>8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>		<u>-267.831,63</u>	<u>1.180,00</u>
9. sonstige Steuern		-1.599,00	-1.180,00
10. außerordentliche Aufwendungen/außerordentliches Ergebnis		-736.076,27	0,00
<b>11. Jahresfehlbetrag</b>		<u><u>-1.005.506,90</u></u>	<u><u>0,00</u></u>

**Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße, Heppenheim****Anhang 2012****1. Allgemeine Angaben und Erläuterungen zum Jahresabschluss****10. Allgemeine Angaben**

Der Jahresabschluss wurde entsprechend §§ 22 bis 25 EigBGes Hess nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt. Der Aufstellung von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung liegen die Formblätter des Eigenbetriebsgesetzes Hessen zu Grunde. Die Wertansätze in der Bilanz zum 31. Dezember 2011 wurden unverändert übernommen. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

**11. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Die Bilanzierung wurde dahingehend geändert, dass Verrechnungen mit dem Bund und dem Kreis Bergstraße für die Jahre 2009 bis 2011 in 2012 in laufender Rechnung erfolgswirksam korrigiert und der sich hieraus ergebende Effekt unter den außerordentlichen Aufwendungen erfasst wurde. In den vergangenen Geschäftsjahren wurde unterstellt, dass sämtliche Sachkosten vom Bund und anteilig vom Kreis Bergstraße getragen werden und somit ein Jahresergebnis in Höhe von € 0,00 auszuweisen war. Da zur Deckung der Sachkosten jedoch seit dem Wirtschaftsjahr 2009 eine Pauschale dient, verbleiben beim Eigenbetrieb diejenigen Sachkosten, die durch diese Pauschale nicht gedeckt werden, so dass beim Eigenbetrieb ein Jahresüberschuss bzw. ein Jahresfehlbetrag auszuweisen ist, je nachdem, ob die Pauschale die Sachkosten übersteigt oder geringer ist.

Das Anlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der bisher aufgelaufenen und im Geschäftsjahr 2012 planmäßig fortgeführten Abschreibungen bewertet. Die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden nach Maßgabe der Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauer der Geschäftsausstattung orientiert sich an den steuerlichen Vorschriften. Für geringwertige Wirtschaftsgüter wird ein Sammelposten gebildet, der pauschal über fünf Jahre abgeschrieben wird.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt. Für erkennbare Einzelrisiken wurden angemessene Wertberichtigungen abgesetzt.

Die liquiden Mittel valutieren zum Nennwert.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Auszahlungen nach SGB II für den Leistungszeitraum 2013.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten alle bekannten Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Die Bewertung erfolgt mit dem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag im Rahmen einer vernünftigen kaufmännischen Beurteilung.

Die Verbindlichkeiten sind jeweils im Einzelnen mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen vom Bund und dem Kreis Bergstraße abgerufene Mittel, die auf den Leistungszeitraum 2013 entfallen.

Veränderungen der Bewertungsmethoden wurden nicht vorgenommen.

Mittelbare Versorgungszusagen gegenüber der Arbeitnehmerschaft bestehen bei der Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände Darmstadt (ZVK). Diese mittelbaren Versorgungszusagen werden in Ausübung des Wahlrechts des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB nicht passiviert. Die ZVK ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Zweck der Anstalt ist es Arbeitnehmern der Beteiligten im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters-, Berufsunfähigkeits-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die Anstalt ist keine im Wettbewerb stehende Einrichtung. Die Altersversorgung wird durch Umlagen finanziert. Die Höhe des Umlagesatzes beträgt 6,2 %. Dieser setzt sich zusammen aus einem Arbeitgeberanteil von 5,7 % und einem Arbeitnehmeranteil von 0,5 %. Das zusätzlich vom Arbeitgeber zu zahlende Sanierungsgeld beträgt für das Geschäftsjahr 2012 2,3 %. Im Berichtsjahr betrug die Höhe der Umlage zu Grunde gelegten Löhne und Gehälter T€ 6.022.

## **2. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz**

### **20. Aktivseite**

#### Zu A. Anlagevermögen

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens ergibt sich aus folgender Aufstellung:

## **Anlagenspiegel**

Entwicklung des Anlagevermögens für das Jahr 2012

	Anschaffungs- und Herstellungskosten		
	01.01.2012	Zugänge	31.12.2012
	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	221.738,29	14.789,32	236.527,61
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.005,60	0,00	1.005,60
2. Andere Anlage, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.126.567,45	19.721,71	1.146.289,16
	1.127.573,05	19.721,71	1.147.294,76
	<b>1.349.311,34</b>	<b>34.511,03</b>	<b>1.383.822,37</b>

Kumulierte Abschreibungen			Buchwert	
01.01.2012	Zugänge	31.12.2012	31.12.2012	31.12.2011
€	€	€	€	€
194.280,29	18.295,32	212.575,61	23.952,00	27.458,00
627,60	100,00	727,60	278,00	378,00
897.056,80	87.182,27	984.239,07	162.050,09	229.510,65
897.684,40	87.282,27	984.966,67	162.328,09	229.888,65
<b>1.091.964,69</b>	<b>105.577,59</b>	<b>1.197.542,28</b>	<b>186.280,09</b>	<b>257.346,65</b>

**21. Passivseite**Zu C. Rückstellungen

Die Zusammensetzung ist folgende:

	€
Rückzahlungen an den Bund	25.000,00
Rückzahlungen an LWV	117.000,00
Mehrarbeit	255.000,00
Resturlaub	23.600,00
Prozesskosten	10.000,00
Archivierung	29.082,53
Prüfungskosten	<u>13.000,00</u>
	<u>472.682,53</u>

**3. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**

Periodenfremde Erträge, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen werden, sind in Höhe von € 237.600,00 angefallen und resultieren mit € 237.600,00 aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die außerordentlichen Aufwendungen enthalten Anpassungen der Forderungen und Verbindlichkeiten gegen Zuwendungsgeber aus den Wirtschaftsjahren 2009 bis 2011.

**4. Sonstige Angaben****40. Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Der Eigenbetrieb hat sonstige finanzielle Verpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen betreffend die betriebsnotwendigen Immobilien in Höhe von T€ 626 pro Jahr.

**41. Leitungs- und Aufsichtsorgane und ihre Bezüge**

Der Betriebsleitung gehören an:

Dipl.-Betriebswirt (FH) Stefan Rechmann, Gemünden, Betriebsleiter ab 01.09.2011

Harald Weiß, stellvertretender Betriebsleiter ab 01.11.2012

Auf die Angaben zu den Vergütungen der Betriebsleitung wird unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Zur Betriebskommission wurden folgende Mitglieder bestellt:

Dieter Meyer, Rentner, Lampertheim  
 Dieter Wohlfart, Verwaltungsangestellter, Heppenheim  
 Wolfgang Gruß, Rentner, Heppenheim  
 Sabine Heuler, Versicherungsfachwirtin, Mörlenbach  
 Matthias Baaß, Bürgermeister, Viernheim  
 Otto Schneider, Dipl.-Finanzwirt i. R., Lindenfels  
 Gerhard Herbert, Bürgermeister a. D., Heppenheim (ab Mai 2012)  
 Irma Buschmann, Studentin, Lampertheim (bis Mai 2012)  
 Evelyn Berg, Dipl.-Soziologin, Zwingenberg  
 Sabine Fraas, Ayurveda-Therapeutin, Rimbach  
 Walter Öhlenschläger, Prokurist, Groß-Rohrheim  
 Christopher Hörst, selbständig, Heppenheim (ab Dezember 2012)  
 Roland von Hunnius, Dipl.-Volkswirt (bis Oktober 2012)  
 Thomas Metz, Erster Kreisbeigeordneter, Heppenheim  
 Matthias Schimpf, Kreisbeigeordneter, Heppenheim  
 Dr. Klaus Brückner, Richter/Sozialgerichtspräsident i. R., Bensheim  
 Albert Herrmann, Industriekaufmann, Einhausen  
 Ludwig Kern, Rentner, Lampertheim  
 Hendrik Raekow, Rentner, Mörlenbach  
 Ellen Bartelheimer, Verwaltungsangestellte Kreis Bergstraße, Personalrat, Heppenheim  
 Jürgen Etzel, Verwaltungsangestellter Kreis Bergstraße, Personalrat, Heppenheim

Stellvertretende Mitglieder der Betriebskommission waren im Berichtsjahr:

Birgit Heitland, pharmazeutisch-technische Assistentin, Zwingenberg  
 Randoald Reinhardt, Lehrer i. R., Viernheim  
 Ingrid Schich-Kiefer, Dipl.-Pädagogin, Bensheim  
 Anna Katharina Bähr, Bankkauffrau, Lorsch  
 Katrin Hechler, Dipl.-Volkswirtin, Zwingenberg  
 Norbert Schmitt, Jurist/Landtagsabgeordneter, Heppenheim  
 Josef Rothmüller, Finanzbeamter, Rimbach (ab Mai 2012)  
 Thilo Figaj, Geschäftsführer/Kaufmann, Lorsch  
 Manfred Schäffer, Dipl.-Ingenieur, Rimbach  
 Dr. Martin Greif, Dipl.-Kaufmann i. R., Heppenheim  
 Frank Sürmann, Rechtsanwalt, Mörlenbach  
 Brigitte Sander, Rentnerin, Lorsch  
 Michael Rohrbacher, Angestellter Agentur für Arbeit, Viernheim  
 Stefan Ringer, Geschäftsführer Verein Feriendorf im Odenwald e. V., Lindenfels  
 Anja Jeguschke, Verwaltungsangestellte Kreis Bergstraße, Personalrat, Heppenheim (ab Juni 2012)  
 Beate Pfündl, Verwaltungsangestellte Kreis Bergstraße, Personalrat, Heppenheim (ab Juni 2012)  
 Dagmar Jahnke, Verwaltungsangestellte Kreis Bergstraße, Personalrat, Heppenheim (bis Juni 2012)  
 Markus Mynarek, Verwaltungsangestellter Kreis Bergstraße, Personalrat, Heppenheim (bis Juni 2012)

#### **42. Abschlussprüferhonorare**

Das für das Geschäftsjahr vom Abschlussprüfer berechnete Gesamthonorar in Höhe von € 10.200,00 entfällt in voller Höhe auf Abschlussprüfungsleistungen.

**43. Durchschnittliche Zahl der in 2012 beschäftigten Arbeitnehmer**

Im Geschäftsjahr wurden im Durchschnitt 177,25 Arbeitnehmer beschäftigt, die sich auf folgende Gruppen verteilen:

	<u>Anzahl</u>
Betriebsleiter	2
Regionalteamleiter	2
Teamleiter	10
Fallmanager/Arbeitsvermittler/Arbeitgeberservice	122
Zentrale Dienste	36

Heppenheim, 31. Oktober 2013

Dipl.- Betriebsw. (FH) Stefan Rechmann  
Erster Betriebsleiter

Harald Weiß  
Stellvertretender Betriebsleiter